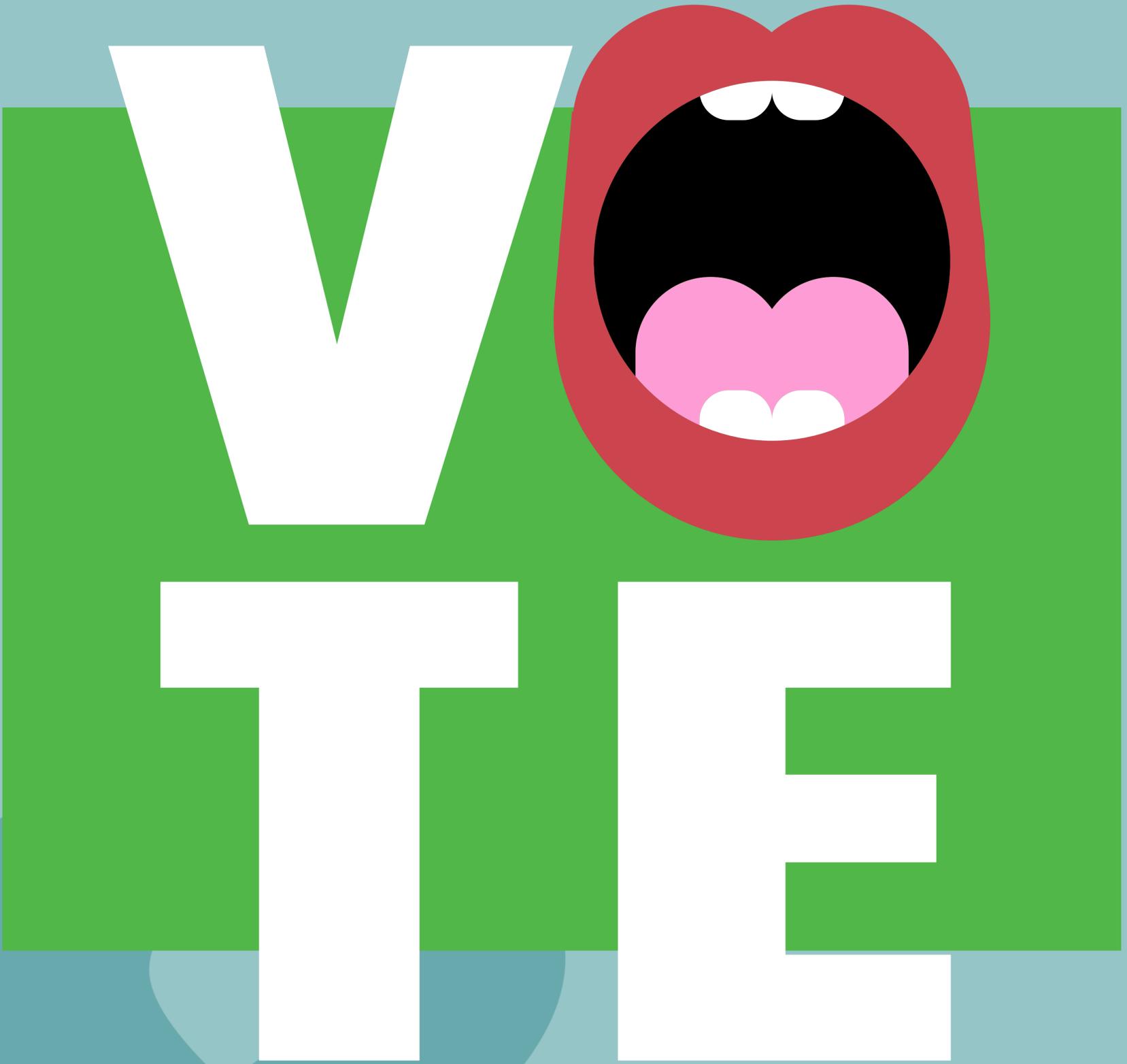




LANDTAGSWAHL



IN SACHSEN 2024

**unser Jugendscan des
Wahlprogramms der
BÜNDNISGRÜNE...**



Vom Sinn und Unsinn der Jugendscans der Wahlprogramme verschiedener Parteien...

Sogenannte Jugendscans sind gern genutzte Tools der Lobbyarbeit wie auch der politischen Bildung. Sie dienen als einen schnellen und zielgerichteten Überblick über die Positionen der Parteien zu (uns) wichtigen Themen.

Der KJRS e.V. nutzt dafür einerseits Schlagworte, die dem Arbeitsbereich der Jugend(verbands-)arbeit als auch den aktuell größten Sorgen junger Menschen nach der Trendstudie Jugend in Deutschland 2024 nahe stehen. So ergeben sich Ableitungen für das eigene Arbeitsfeld und dessen Fachkräfte als auch für junge Menschen an sich.

Darüber hinaus wurde darauf geachtet, Doppelungen zu vermeiden sowie lediglich für unseren Arbeitsbereich relevante Sinnabschnitte und Schlagworte abzubilden. Manchmal wurden andere sinngemäße Schlagworte unter einem Schlagwort zusammengefasst (bspw. Engagement unter Ehrenamt, Mobilität unter ÖPNV usw.).

Insgesamt bieten Jugendscans eine wertvolle Hilfestellung, haben jedoch Grenzen in Bezug auf Tiefe, Kontext und Selektivität. Sie sollten daher als ergänzendes Werkzeug genutzt werden und nicht als alleinige Informationsquelle. Beispielsweise kann durch das Herausfiltern von Schlagworten der Zusammenhang verloren gehen. Das kann zu einer verzerrten Darstellung der Parteipositionen führen (Kontextverlust). Dazu beeinflusst die Auswahl der Schlagworte, welche Themen und Aspekte betont werden. Ebenso sind Wahlprogramme oft unverbindlich. Parteien und Kandidat*innen sind nicht verpflichtet, sich nach der Wahl an ihre Aussagen zu halten. Stichwort: Wahlkampf. Wir empfehlen daher, bei Irritationen und Fragen direkt ins Wahlprogramm zu schauen und sich im Kollegen- oder Freundeskreis darüber auszutauschen. Seitenzahlen sind entsprechend beigefügt.

Dir fehlen (jugendpolitische) Argumente gegen jeden Rechtspopulismus? Wir haben und vertreten sie! Hole dir kostenfrei unsere “Gegenrede” Broschüre.



Wahlprogramm der Bündnis Grünen Sachsen zur Landtagswahl 2024 in Sachsen

Nachzulesen unter: <https://gruene-sachsen.de/programm-zur-landtagswahl-2024/>

Anzahl folgender Schlagworte:

- 95x Kind
- 67x Jugend + junge Menschen
- 1x Jugendarbeit
- 1x Jugendverband
- 18x Ehrenamt
- 0x JuLeiCa

Schlagwortsuche allgemein (alphabetisch)

#Beteiligung

Mit Bürger*innenbeteiligungsformaten und Pilotprojekten wie die „Baukulturgemeinden der Lausitz“ gelingt gute Baukultur zusammen mit den Städten und Gemeinden vor Ort. Einen besonderen Fokus legen wir auf den vermeintlichen Konflikt Denkmal vs. erneuerbare Energien. Baukultur beginnt schon bei der Raumplanung, daher muss dauerhaft die kulturelle Entwicklung einer Region auch im Landesentwicklungsplan verankert werden. (S. 61)

Für Inklusion ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderung unbedingt erforderlich. Wir wollen sie in die Entscheidungen einbeziehen und fördern, dass sie die entscheidenden Positionen einnehmen. (S. 64)

Eine ungesteuerte Verteilung von Millionenbeträgen zur Strukturförderung lehnen wir ab. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern schon seit Langem ein Umdenken in der bisherigen Förderpraxis und setzen uns dafür ein, dass Transparenz und Beteiligung an erster Stelle stehen. Unsere Forderung nach einem echten Beteiligungskonzept halten wir weiterhin aufrecht. Die Möglichkeit für die Menschen vor Ort, sich aktiv in die Gestaltung der Zukunft ihrer Region einzubringen, ist für uns eine Frage der Wertschätzung ihres Engagements und ihrer Lebensleistung. Insbesondere den spezifischen Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen wollen wir mehr Gewicht verleihen und die Beteiligungsstrukturen für sie stärken. Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns auch die Berücksichtigung der Belange des sorbischen Volkes. (S. 84)

Von mehr Bürger*innenbeteiligung profitieren alle: Die beteiligten Bürger*innen durch Selbstwirksamkeitserfahrung, politische Entscheidungsträger*innen und Verwaltung





durch neue Ideen der Bürger*innen und die Gesellschaft durch bedarfsgerechte Entscheidungen. Gerade die notwendigen Veränderungsprozesse, vor denen wir stehen, bedürfen des Wissens der Vielen, die gehört und ernst genommen werden müssen. (S. 104)

Um Beteiligungskompetenzen bei den Kommunen und in der Zivilgesellschaft aufzubauen, wollen wir die Netzwerkarbeit stärken und eine Beratungsstelle für Demokratieförderung und Bürgerbeteiligung schaffen. Die kommunale Bürger*innenbeteiligung wollen wir mit Best-Practice-Formaten und Moderator*innen ausbauen und evaluieren. Dabei sollen besonders die Erfordernisse der Bürger*innenbeteiligung im ländlichen Raum beachtet werden. Wir wollen mehr zulässige Bürgerbegehren. Zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen wollen wir eine gesetzlich verankerte Innovationsklausel prüfen, mit Hilfe derer Kommunen eigenständig neue Ansätze wie z. B. die automatische Zusendung von Briefwahlunterlagen implementieren können. Wir setzen uns für den Ausbau der Förderprogramme „Orte des Gemeinwesens“, „Bürgerbeteiligung“ und „Orte der Demokratie“ in den Landkreisen mit klaren Wirkungsparametern und Anpassungsmechanismen ein. Wir wollen die datenschutzkonforme Gestaltung von Bürgerräten auf Landesebene nach dem Vorbild Baden-Württembergs auf den Weg bringen und in den Kommunen aufsuchende Verfahren und lokale Bürgerräte ermöglichen. (S. 104)

Das Beteiligungsportal des Freistaates Sachsen wollen wir erweitern und weiterentwickeln. Grundsätzlich soll bei Vorhaben des Freistaates geprüft werden, wie eine über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Beteiligung der Bevölkerung stattfinden kann. Innerhalb der Staatsregierung soll eine ressortübergreifende Qualitätsentwicklung bei der Bürger*innenbeteiligung organisiert werden. Die wissenschaftliche Begleitung der Beteiligungsprozesse in Sachsen wollen wir durch eine neue Forschungsstelle Bürger*innenbeteiligung ermöglichen. (S. 105)

In der Vorbereitung der EU-Förderperiode 2028–2035 wollen wir einen Runden Tisch mit Akteur*innen und Stakeholdern von Förderprogrammen mit dem Ziel der verbesserten Bürger*innenbeteiligung initiieren. Kommunale Entscheidungsträger*innen, Verwaltungen und Vereine wollen wir bei der Erstellung von Förderanträgen durch gezielte Beratung unterstützen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Verwaltungsmitarbeiter*innen bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) oder beim Staatsministerium für Regionalentwicklung schaffen. (S. 118)

#Demokratie

Eigenes Kapitel: Mehr Demokratie in Sachsen wagen (S. 104-107)

Mehr Demokratie – das ist immer der Grundsatz BÜNDNISGRÜNER Politik. In der zurückliegenden Legislaturperiode konnten wir echte Verbesserungen für ein demokratischeres Miteinander erreichen. Mit dem Transparenzgesetz haben wir dafür gesorgt, dass die Bürger*innen einen besseren Einblick in staatliches Handeln nehmen können. Wir haben Bürgerbegehren in den Gemeinden erleichtert und kommunale Bürgerbeteiligungssatzungen möglich gemacht. Außerdem haben wir den ersten landesweiten Bürgerrat initiiert. Dank uns hat der Freistaat Sachsen jetzt endlich ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus. Wir haben die Mittel für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ erhöht, die Förderung von Beteiligungsvorhaben von Kommunen und Zivilgesellschaft erfolgreich gestartet, die „Orte der Demokratie“ etabliert und Forschungsstellen geschaffen, die der Demokratiebildung und der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen dienen. Den eingeschlagenen Weg müssen wir weitergehen, um





die Zufriedenheit mit der Demokratie zu steigern und das Vertrauen in politische Institutionen zurückzugewinnen, damit autoritären Versprechen, Verschwörungsideologien und Menschenfeindlichkeit der Nährboden entzogen wird. Unsere Antworten lauten daher: Mehr Demokratie! Und: Demokratie und Rechtsstaat entschlossen verteidigen! (S. 104)

Unsere Demokratie braucht zivilgesellschaftliche Initiativen, die Träger von Maßnahmen zur Demokratieförderung und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt, von Angeboten der politischen Bildung und von Projekten gegen demokratie- und menschenfeindliche Strömungen sind. Wir wollen die langfristige Finanzierung dieser Initiativen durch ein sächsisches Demokratiefördergesetz sichern und dabei die notwendige Flexibilität nicht vernachlässigen. (S. 105)

Die wissenschaftliche Unterstützung der Demokratiebildung durch die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie in Dresden soll verstetigt werden. Zusätzlich sprechen wir uns für die Einrichtung einer Professur für politische Erwachsenenbildung an der TU Dresden und einer Professur für Demokratieforschung an der Universität Leipzig aus. (S. 105)

Unsere vielfältige Demokratie ist auf ihre Verteidigung durch eine starke Zivilgesellschaft angewiesen. Doch staatliche Institutionen müssen Menschen wirksam schützen. Verfassungsfeind*innen bedrohen unsere freiheitliche demokratische Ordnung heute aggressiver denn je. Und auch neue Aufgaben – wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels – bedeuten neue Herausforderungen für den Katastrophenschutz. Wir wollen die Handlungsfähigkeit von Behörden der Polizei und Staatsanwaltschaften, Gerichten, der Verwaltung und der Kräfte des Katastrophenschutzes in den kommenden Jahren sicherstellen. Zentral sind dabei die Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Betroffenen und eine auskömmliche Ausstattung mit Personal. (S. 107)

Freiheitliche Demokratie schützen Unsere freiheitliche Demokratie wird immer mehr bedroht – durch Verfassungsfeinde, Hass und Hetze und eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Errungenschaften. Wir werden unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat entschieden verteidigen, konsequent gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst vorgehen und die Zivilgesellschaft stärken. (S. 109)

Um mehr Demokratie zu verwirklichen, bedarf es der Erneuerung unseres Freistaates auf verschiedenen Ebenen. Wir BÜNDNISGRÜNE arbeiten weiter daran, unsere Sachsen gemeinsam bewegen – Landtagswahlprogramm 2024 Verfassung zu modernisieren. Die Kontrolle der Staatsregierung wollen wir verbessern und den Landtag als demokratisch gewählte Vertretung des Volkes in Sachsen deutlich stärken. Die Eigenständigkeit der Kommunen als Orte der Demokratie muss gesichert und ausgebaut werden. (S. 113f.)

Die Kommunen sind die Keimzelle einer starken Demokratie. Wir wollen die Rechte der kommunalen Gremien weiter stärken und fast 20 Jahre nach der Funktionalreform eine Neujustierung der Aufgaben zwischen Kommunen und Land vornehmen. Wir wollen deshalb eine neue Funktionalreform (Glossar) auf den Weg bringen, um die vielfach verunglückte Aufgabenverteilung zwischen Land und den Kommunen und die damit verbundene Verteilung von Mittelzuweisungen neu auszurichten. Dabei ist sowohl der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken, als auch die Aufgabensteuerung durch das Land zu verbessern. (S. 115)





#Ehrenamt #Engagement

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind essenziell, um die Transformationsprozesse des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können – individuell wie gesamtgesellschaftlich. Wir setzen uns für ein umfassendes Konzept des lebenslangen Lernens ein. Dabei stehen vor allem die Förderung von Medienkompetenz, Demokratie und Umweltbildung im Mittelpunkt. Wir möchten eine Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen, indem wir berufsbegleitende Studiengänge fördern und Weiterbildungsangebote in ihrer ganzen Breite ausbauen, sei es akademisch, berufsbezogen oder vor dem Hintergrund eines Ehrenamts. (S. 41)

Ehrenamtliches Engagement ist eine sinnstiftende Tätigkeit über alle Themenbereiche und Altersgrenzen hinweg und prägt maßgeblich unser gesellschaftliches Miteinander. Um wieder vermehrt Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen, machen wir uns für einen attraktiven Freiwilligendienst aller Generationen stark. Dies möchten wir steigern mit einem vergünstigten Deutschlandticket, vielfältigen und gut strukturierten Weiterbildungsangeboten und einer attraktiven Ehrenamtskarte. Wir unterstützen die Einführung von fünf Tagen Bildungsurlaub pro Jahr in Sachsen, damit die ehrenamtlich Tätigen den vielfältigen Anforderungen gerecht werden können. Der Bildungsurlaub soll auch für die berufliche, kulturelle, politische und soziale Bildung von Arbeitnehmer*innen genutzt werden können. Dort, wo es die Vereinsstrukturen zulassen oder dahingehend angepasst werden können, soll hauptamtliches Personal gefördert werden, um die ehrenamtlichen Personen vor allem im Verwaltungsbetrieb entlasten zu können. (S. 67)

Wir setzen uns für die Förderung von Sportlerinnen, Trainerinnen und ehrenamtlich engagierten Frauen ein. Dazu gehören Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt sowie Mentoring-Programme. (S. 68)

Wir wollen mehr Menschen ermöglichen, Europa als Einheit, die sie mitgestalten können, kennenzulernen. Deshalb wollen wir den Austausch mit unseren Partnerregionen in Frankreich, Spanien und Italien sowie unseren Nachbarländern Polen und Tschechien fördern und dabei möglichst viele gesellschaftliche Akteur*innen – beispielsweise aus den Bereichen der Kultur, des Brauchtums, des Sports und anderer Bereiche des ehrenamtlichen Engagements – einbeziehen. Grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit und das Ehrenamt sächsischer Bürger*innen in den Nachbarländern sollen gefördert und erweitert werden. (S. 117)

#informelle #außerschulische #politische Bildung #Bildungsarbeit

Dem Grundsatz „Ein Kind – ein Tag“ folgend setzen wir uns für gebundene, rhythmisierte Ganztagschulen ein, deren Aufbau wir durch mehrjährige Pauschalen statt über schuljahresbezogene Mittel für Ganztagsangebote (GTA) unterstützen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Zusammenarbeit von Grundschulen und Horten bei der Gestaltung des Ganztags, insbesondere vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs, und fördern den Austausch von Best-Practice-Beispielen im Freistaat und länderübergreifend. Externe Anbieter*innen und außerschulische Lernorte sollen bei der Gestaltung des Ganztags eingebunden werden. (S. 36)



Wir setzen uns dafür ein, dass der Beitrag des sorbischen Volkes zur Geschichte und Kultur Sachsens nicht nur in sorbischen, sondern auch in nicht-sorbischen Bildungseinrichtungen im Freistaat seiner Bedeutung entsprechend thematisiert wird und bei der Gestaltung der Lehrpläne Empfehlungen aus der sorbischen Community berücksichtigt werden. Die außerschulische Vermittlung der sorbischen Sprache wollen wir ausweiten und zuverlässig fördern. Ziel ist es, Zugang für Menschen aller Alters- und verschiedener Berufsgruppen zu Sprachkursen, Lehrmaterial und geeigneten digitalen Angeboten zu schaffen. (S. 38f.)

Medienkompetenz. Die Medienpädagogischen Zentren leisten wichtige und passgenaue Beratung und Unterstützung für die sächsischen Bildungseinrichtungen, deshalb wollen wir sie als Anlauf- und Vernetzungsstellen auch personell stärken, insbesondere durch den Einsatz von qualifizierten Medienpädagog*innen. Um auch außerschulische Angebote und Bedarfe zusammenzubringen und neben Schüler*innen weitere Zielgruppen zu erreichen, wollen wir die Koordinierungsstelle Medienbildung stärken. (S. 40)

Im Bereich der Umweltbildung setzen wir auf die Ausbildung junger Naturwächter*innen und möchten den Naturschutz und die Umweltbildung fest in Kitas, Schulen und außerschulischen Bildungsangeboten verankern. Umweltbildung soll dabei nicht auf junge Menschen beschränkt sein. Wir möchten auch Erwachsene zu Themen wie Streuobstwiesen und Permakultur beraten. Die Betretungsrechte für Umweltbildung sollen unentgeltlich zur Verfügung stehen und Umweltbildungsstätten sollen langfristig finanziell unterstützt werden. (S. 42)

Kulturelle Bildung soll künstlerische und kreative Ausdrucksmöglichkeiten für alle unabhängig vom Geldbeutelermöglichen. Sie muss als Querschnittsaufgabe vorgebracht werden. Deshalb wollen wir, dass die zuständigen Ministerien ihre Zusammenarbeit intensivieren, um eine übergreifende Förderstrategie für die kulturelle Bildung zu entwickeln und umzusetzen [...]. Wir werden den flächendeckenden Ausbau von Jugendkunstschulen weiter voranbringen, so dass jedes Kind die Möglichkeit hat, seine Talente zu entdecken und sich kreativ zu entwickeln. Wir wollen Soziokulturelle Zentren als wichtige Schnittstelle von Kultur und außerschulischer Bildung stärken. (S. 63)

Wir unterstützen die Landeszentrale für politische Bildung bei der Entwicklung von didaktischen Methoden, bei der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern und mit den Hochschulen sowie bei der Verbesserung der räumlichen und technischen Voraussetzungen ihrer Arbeit, um eine bessere Wirksamkeit der flächendeckenden politischen Bildung in Sachsen zu erreichen. (S. 106)

Der Austausch über europäische Themen soll auch jenseits der Großstädte möglich sein, deshalb wollen wir ein von der Landeszentrale für politische Bildung getragenes mobiles Angebot in Form eines „Europabusses“ schaffen. Wir regen an, die „Konferenz zur Zukunft Europas“ in geeigneten Formaten auf Landesebene weiterzuführen. Wir wollen außerdem einen Bürger*innen-Dialog über Strukturmaßnahmen in Europa initiieren, in dem eine Zukunftsvision Sachsen gemeinsam bewegen – Landtagswahlprogramm 2024 der vom Strukturwandel betroffenen Menschen für ihre Region entwickelt wird. (S. 117)

#Jugend #junge Menschen

Auch im Rahmen der sächsischen Förderpolitik wollen wir flächensparendes Bauen ermöglichen und zusätzliche Anreize bieten, in die Höhe statt in die Fläche zu bauen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die sogenannte vertikale Nutzungsmischung in Sachsen voranzubringen. Sie bedeutet, dass Gebäude nicht nur einseitig genutzt, sondern verschiedene Nutzungen wie beispielsweise der Jugendclub oder der Sportplatz auf dem Supermarktdach miteinander kombiniert werden, anstatt eingeschossig zu bauen. Für die Kommunen braucht es ausreichend finanzielle Spielräume und Anreize, um verstärkt in die Höhe zu bauen und bereits versiegelte Flächen effizienter zu nutzen. (S. 19)

Wir setzen uns dafür ein, dass (Gewalt-)Schutzprozesse in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe sowie in Schulen verpflichtend umgesetzt werden. Wir wollen sichere Orte, dort wo Kinder viel Zeit verbringen. (S. 48)

Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung in Sachsen diskriminierungsfrei leben können. Wir setzen uns daher für den Ausbau von Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung, insbesondere für Jugendliche und Menschen im ländlichen Raum, ein. (S. 48)

Kitas, Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen barrierefrei modernisiert werden. Wir setzen uns für inklusive Berufsausbildungen und Studienmöglichkeiten ein. Wir fordern den Ausbau von Nachteilsausgleichen, die Bereitstellung von barrierearmen Bildungsmaterialien und die Schaffung barrierefreier Berufs- und Hochschulinfrastruktur. Wir unterstützen barrierefreie Kultur- und Sportangebote in Sachsen auch durch die Förderung von Investitionen zur Schaffung von Barrierefreiheit in den Institutionen. (S. 50)

Unser Anspruch ist eine Gesellschaft, in der Menschen solidarisch zusammenleben und alle gleichberechtigt teilhaben können. Dafür wollen wir die Finanzierung der Gesundheitsversorgung und der Pflege gerechter ausgestalten. Wir kämpfen für eine engagierte und gut ausfinanzierte Jugendhilfe, für eine Familienunterstützung auf Augenhöhe, die soziale und kulturelle Teilhabe für Jung und Alt ermöglicht und solidarische Nachbarschaft stärkt. (S. 54)

Wir setzen uns für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik in Sachsen ein. Unser Ziel ist es, Suchtkranken schnell, unkompliziert und stigmatisierungsfrei zu helfen. Wir setzen auf wirksame Prävention, konsequenten Kinder- und Jugendschutz sowie auf Hilfe statt Strafe. (S. 57)

Wir setzen uns für eine starke Kinder- und Jugendhilfe ein, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen im Freistaat die gleichen Chancen auf ein gesundes und glückliches Aufwachsen haben. Wir erkennen die Ungleichverteilung von Ressourcen im Bereich der Jugendhilfe zwischen den Landkreisen in Sachsen und setzen uns dafür ein, landesweit gültige Mindeststandards zu etablieren. Ziel ist es sicherzustellen, dass alle Kinder unter gleichwertigen Bedingungen in Sachsen aufwachsen können. Wir wollen die Jugendpauschale weiterentwickeln, um die Leistungen der Jugendarbeit zu sichern und jedem Kind und Jugendlichen erreichbare Angebote zu bieten. Dies umfasst eine auskömmliche institutionelle und gut ausgestattete Förderung, um die soziale Arbeit zu stärken. (S. 57)

Die Jugendverbandsarbeit soll langfristig grundfinanziert werden, was die Beschäftigung von Verwaltungspersonal ermöglicht und somit eine Vielzahl von aktiven Jugendgruppen, internationalen Camps, Ferienlagern und Projekten fördert und sichert. Zudem setzen wir uns dafür ein, an allen Freizeit-, Sport- und Bildungsorten Kinder- und Gewaltschutzprozesse zu etablieren und dafür notwendige Berater*innen auszubilden und zu finanzieren. (S. 57)

Um jungen Menschen Schutz vor sexualisierter Gewalt zu bieten, wollen wir alle Präventions- und Interventionsangebote auf einer digitalen Landkarte verfügbar machen. Infolgedessen fordern wir den Ausbau der Präventionsangebote in unterversorgten Gebieten und schaffen auch digitale Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt. So kann sichergestellt werden, dass Unterstützung für alle leicht zugänglich ist. (S.57)

Wir wollen die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärken. Dazu schaffen wir ein Netzwerk der Ansprechbarkeit, insbesondere durch die Unterstützung der Kinder- und Jugendringe. Diese sollen kontinuierlich und vor allem in der Fläche gefördert werden. In ländlichen Regionen setzen wir uns dafür ein, Kinderrechtebüros oder mobile Kinderrechteangebote einzuführen, an die sich Kinder wenden können, wenn sie ihre Rechte verletzt sehen oder eigene Projekte umsetzen möchten. (S. 58)

Die sächsischen Jugendämter stehen vor großen Herausforderungen, um dem steigenden Bedarf an Hilfen zur Erziehung gerecht zu werden. Deshalb wollen wir eine Werkstatt mit Praktiker*innen aus der Jugendhilfe, Verwaltung, Politik, Forschung und Betroffenen einrichten, um neue Wege zur Unterstützung zu finden und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen zu stärken. Eine inklusive Jugendhilfe kann nur durch die Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die Ausbildung von Verfahrenslots*innen und die Erarbeitung einer landesweiten Strategie für die bestmögliche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in Sachsen erreicht werden. (S. 58)

Sorbische Identität und Kultur verdienen mehr Präsenz in der sächsischen Öffentlichkeit. Die sorbische Sprache und sorbische kulturelle Einrichtungen müssen bewahrt und gestärkt, ihre auskömmliche Förderung gesichert werden. Insbesondere setzen wir uns für eine gezielte eigenständige Förderung der sorbischen Jugend und ihrer kulturellen Aktivitäten ein. Die konsequente Umsetzung der gleichberechtigten Zweisprachigkeit im sorbischen Siedlungsgebiet bleibt eine zentrale Aufgabe für sächsische Behörden und die Staatsregierung. (S. 65)

Wir schätzen die wachsende Bedeutung des E-Sports und setzen uns für eine sichere und vielschichtige E-SportLandschaft ein, die Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Extremismus schützt. Die Förderung und Unterstützung von Vereinen, die E-Sport anbieten, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Diese Themen werden wir auch bei der Reform des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags ansprechen. (S. 68)

Das sächsische Interrail-Angebot #saxorail, (Glossar) das jungen Menschen ermöglicht, Europa buchstäblich zu erfahren, wollen wir aufrechterhalten. (S. 117)

#JuLeiCa

-

#Kind

Wir wollen Angebote für Prävention, Beratung und Hilfe im Zusammenhang mit Mobbing, Bedrohungen im Internet, in sozialen Medien und Stalking stärken. Zur kindgerechten strafrechtlichen Aufarbeitung stehen in allen Polizeidirektionen audiovisuell ausgestattete Befragungsräume und geschultes Personal zur Verfügung. (S. 58)

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Kinderrechte in die Verfassung aufnehmen. (S. 114)

#ÖPNV

Mit einer Verlagerung von mehr Transporten und Logistik auf die Schiene sowie durch den konsequenten Ausbau von ÖPNV- und Radverkehrsinfrastruktur wollen wir den Ausstoß von klimaschädlichen Stoffen wie Stickstoffoxid und Feinstaub insgesamt reduzieren. (S. 24)

Wir möchten die Mobilität für alle gewährleisten und dafür ein ermäßigtes Deutschlandticket einführen, das Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne existenzsicherndes Einkommen sowie Ehrenamtlichen zur Verfügung steht. Beratungs- und Informationsangebote sollen für alle Menschen bereitgestellt werden, die Unterstützung benötigen, weil Transportmöglichkeiten oder Kinderbetreuung fehlen. Dazu gehören auch mobile Angebote für Menschen ohne festen Wohnsitz. (S. 58)

Dem sächsischen Radtourismus räumen wir eine besondere Priorität ein. Wir wollen diesen durch die Unterstützung der sächsischen Tourismusakteur*innen beim Aufbau einer Koordinierungsstelle zur Entwicklung und Vermarktung der überregionalen Radrouten fördern, ebenso wie mit dem zügigen Abschluss der Knotenpunktwegweisungen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die Qualität der sächsischen Radwege weiter verbessern und etwaige nachteilige Faktoren in den Tourismusregionen ausräumen. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für die erleichterte Mitnahme von Fahrrädern sowie mehr Barrierefreiheit im ÖPNV ein – vor allem auf den Strecken, die touristisch genutzt werden. Wir wollen die touristische Infrastruktur zu Gunsten des Bahn-Rad-Tourismus stärken. So bestehen gerade im ländlichen Raum zum Beispiel Bedarfe nach E-Bike-Ladestationen oder Versorgungsstationen. Wir unterstützen Ideen und Konzepte sowie Investitionen, die diese Angebote in verschiedensten Regionen ermöglichen. (S. 76)

Eigenes Kapitel: Mobilität neu denken (S. 91-98)

Eine bessere ÖPNV- und Radverkehrs-Infrastruktur genauso wie die Wiedereinrichtung oder den Erhalt von etwa Schulen, Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten und Polizei in den ländlichen Regionen sind ein zentraler Baustein, um unsere Dörfer, Klein- und Mittelstädte attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Zugleich wird das Auto in den ländlichen Räumen weiterhin bedeutend bleiben. Wir setzen uns für die Fortführung des Ausbaus eines angebotsorientierten öffentlichen Nahverkehrs und einer Radverkehrsinfrastruktur in Stadt und Land ein und für Rufbusse sowie Sharingangebote von Auto und Fahrrad. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Freistaat Fördergelder des Bundes für den Radverkehr deutlich besser abrufen und zu den Vorreiterländern mit hohen Abrufquoten aufschließt. (S. 91)

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen, insbesondere für Kinder, ältere und kranke Menschen, hat für uns oberste Priorität. Viele Menschen, gerade in den ländlichen Regionen, sind



heute noch auf das Auto angewiesen, weil in ihrem Ort eine Bahnanbindung fehlt oder der Bus nur selten bis gar nicht fährt. In den Städten hingegen erleben wir zunehmend einen Kampf um Parkplätze, ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer*innen mit Unfällen und Staus. Wir gestalten mit der Verkehrswende Mobilität in Zukunft nicht nur klimaschonend, sondern auch sicher, bezahlbar, schnell und barrierefrei. Für uns ist klar: Es braucht unterschiedliche, regional passgenaue Lösungen für die Verkehrswende in Stadt und Land. (S. 91)

Mit dem Deutschlandticket haben wir BÜNDNISGRÜNE einen Durchbruch erreicht: Noch nie war die Nutzung überregionaler Bahn- und ÖPNV-Angebote so günstig und so einfach, da sich die Fahrgäste nicht mit dem komplizierten Tarifschunzel auseinandersetzen müssen. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Sachsen gemeinsam bewegen – Landtagswahlprogramm 2024 Deutschlandticket. Das bedeutet, dass wir die primäre Verantwortung des Freistaates für die Finanzierung des ÖPNV anerkennen und unserer Verantwortung für die Mitfinanzierung nachkommen. In Sachsen wollen wir das günstige Angebot für die Fahrgäste beibehalten und Kostensprünge verhindern. Zugleich wollen wir Menschen mit geringem Einkommen sowie Azubis einen eigenen Tarif für das Deutschlandticket anbieten. Allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Sachsen soll ein Job-Deutschlandticket angeboten werden. (S. 91f.)

Unser Ziel sind flächendeckend vertaktete Angebote, so dass Bahnverkehr und regionaler wie lokaler Busverkehr über den Sachsentakt miteinander verknüpft sind. Ergänzend setzen wir auf flexible Angebote wie ÖPNV- oder Ruf-Taxi, Ruf-Bus, Mobishuttle, ERZmobil. Sie sollen jederzeit verfügbar sein, spätestens nach einer Stunde kommen und die Erreichbarkeit aller Ortsteile sicherstellen. Diese innovativen flexiblen Bedienungsformen ermöglichen öffentliche Mobilität von Haustür zu Haustür. Sie können wesentlich zur Sicherung der Mobilität in all jenen ländlichen Regionen beitragen, wo Linienverkehr ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll ist. Als Teil der Daseinsvorsorge wollen wir sie in die Landesförderung (ÖPNVFinVO) (Glossar) aufnehmen. (S. 92)

#Wahlalter

Junge Menschen müssen dringend besser an den Prozessen in Politik und Verwaltung beteiligt werden, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen werden. Deshalb fordern wir ein aktives Wahlalter von 14 Jahren bei den Wahlen zum Landtag und zu den kommunalen Parlamenten. Die Beteiligung von Jugendlichen soll in der Gemeindeordnung von einer „Soll“- zu einer „Muss“-Bestimmung werden. Wir wollen jugendgerechte Beteiligungsformen flächendeckend umsetzen. Zur Unterstützung der Beteiligungsprozesse wollen wir BÜNDNISGRÜNE Angebote der demokratischen und politischen Bildung dezentral und digital auch für junge Menschen attraktiv machen. (S. 105)

Sorgen und Herausforderungen junger Menschen nach Trendstudie Jugend in Deutschland 2024 (alphabetisch)

#Migration

Die Kita-Sozialarbeit wollen wir auch nach dem Ende des Europäischen Sozialfonds (ESF)-Programms „KINDER STÄRKEN 2.0“ verstetigen und ausweiten. Dabei sind besondere Herausforderungen von Einrichtungen bei der Finanzierung zu berücksichtigen, etwa hohe Armutsquote im Quartier, die





Betreuung von Kindern mit traumatischen Flucht- und Migrationserfahrungen, Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen oder Kinder mit anderen Auffälligkeiten beim Sprachstand. Das Landesprogramm „Alltagsintegrierte sprachliche Bildung“ wollen wir etablieren und landesweit umsetzen. (S. 33)

Die Diversität an sächsischen Schulen begrüßen wir ausdrücklich, da sie für alle Beteiligten eine Bereicherung darstellt. Schüler*innen ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen haben einen Sprachförderbedarf, dem wir gerecht werden müssen. Wir halten am dreistufigen Integrationskonzept (Glossar) fest und informieren und beraten Familien transparent und mehrsprachig über das sächsische Schulsystem. Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen, die zu uns kommen, ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können und zügig einen Schulplatz zugewiesen bekommen. Den herkunftssprachlichen Unterricht wollen wir bedarfsorientiert ausweiten und Mehrsprachigkeit im schulischen Kontext stärker als Kompetenz würdigen [...]. (S. 37)

Menschen mit Migrationsgeschichte wollen wir unter Anerkennung erworbener Qualifikationen passgenaue Angebote zum vertieften Spracherwerb, für Anpassungs- und Weiterbildungsmaßnahmen machen. (S. 42)

Um sicheres und gerechtes Wohnen für Asylsuchende und Geflüchtete zu gewährleisten, setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Aufnahmeeinrichtungen ein. Der Aufenthalt dort darf nicht länger als drei Monate dauern, danach muss ein Transfer in eine kommunale möglichst dezentrale Unterkunft erfolgen. Dies beinhaltet medizinisches Personal, einheitliche Hausordnungen, Gewaltschutzkonzepte und sichere Räume für besonders marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel queere Personen, Menschen mit Behinderung, alleinreisende Frauen, Kinder und Minderheitenangehörige. (S. 51)

Die kindgerechte Unterbringung durch kindgerechte Spiel- und Bewegungsräume und geschultes Personal sowie im Clearingverfahren soll durch spezialisierte Kinder- und Jugendtherapeuten sichergestellt werden. Außerdem müssen Kinder und Jugendliche schon in den Aufnahmeeinrichtungen Zugang zu Bildungsangeboten haben. Die Betreuungs- und Unterbringungsstandards bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten dürfen nur im äußersten Notfall und nur vorübergehend herabgesetzt werden. Wir wollen eine schnelle Umverteilung in kommunale Unterkünfte insbesondere für Kinder und Jugendliche priorisieren. (S. 51)

Integration muss von allen und mit allen gedacht und gelebt werden. Wir wollen ein ganzheitliches Teilhabe- und Integrationsgesetz, das alle eingewanderten Menschen in Sachsen in Betracht nimmt und Strukturen verbessert. Dazu gehören zum Beispiel hauptamtliche Beauftragte für Menschen mit Migrationsgeschichte, Migrant*innenbeiräte in allen Landkreisen, kreisfreien Städten und größeren Kommunen. Die Unterstützung und Stärkung migrantischer Selbstorganisation(en) und ihrer Dachverbände gilt es zu institutionalisieren und zu stärken. (S. 51)

Für erwachsene Zugewanderte möchten wir den Spracherwerb erleichtern und Sprachkursangebote von Anfang an und für alle anbieten. Sprachlernangebote sollen niedrigschwellig angelegt sein. Berufsbezogene Sprachkurse, in die die Expertise verschiedener Berufsgruppen einfließt, wollen wir erweitern. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Förderung von Sprachkursformaten für Eltern, die Spracherwerb und familiären Alltag vereinbar machen. Wir erleichtern den Zugang zu





Sprachprüfungen für diejenigen, die sich Deutsch außerschulisch angeeignet haben, und stärken die personellen Ressourcen für Sprachkurse durch die Anerkennung anderer Abschlüsse. Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für Sprachlehrkräfte wollen wir ausbauen. (S. 52)

Die Unterstützung von Angehörigen- und Nachbarschaftspflege sowie die Integration von Menschen mit Migrationserfahrung in die Gesundheitsberufe sind uns wichtig. Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen sollen sich verbessern. (S. 56)

Alle Maßnahmen zur Unterstützung bei dem Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration wollen wir voll ausschöpfen. Die Arbeitsmarktintegration von Menschen, die schon in Sachsen leben, hat für uns Priorität. Die Anerkennung von Abschlüssen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kammern und durch weitere gesetzliche Änderungen auf Bundesebene vereinfachen und überall da, wo es möglich ist, arbeitsintegrierte Nachweisooptionen ermöglichen. Für uns ist klar: Alle Menschen, die in Sachsen arbeiten wollen, sollten auch die Möglichkeit dazu bekommen. Dies gilt auch für geduldete Asylbewerber*innen. (S. 78)

Für uns ist klar: Keine gute Idee darf an fehlendem Gründungskapital oder überbordender Bürokratie scheitern. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung wollen wir unterrepräsentierte Gruppen in der Gründung stärken, mit besonderem Blick auf Frauen sowie Menschen mit Migrationsbiographie. Für Frauen als Existenzgründerinnen wollen wir unser Förderangebot anpassen und Nebenerwerbsgründungen erleichtern. Für uns BÜNDNISGRÜNE steht fest: Allen gesellschaftlichen Gruppen sollten Gründungen erleichtert werden. Deshalb setzen wir uns für zusätzliche Förderbudgets für unterrepräsentierte oder benachteiligte Gruppen ein. (S. 87)

Durch gezielte Kampagnen und den Abbau von Barrieren wollen wir mehr Diversität in die Verwaltung bringen, indem wir z. B. mehr Menschen mit Migrationsgeschichte und mehr Menschen mit Behinderung für die Verwaltung gewinnen. Die Vermittlung diversitätssensibler und migrationsgesellschaftlicher Kompetenzen und die demokratisch-politische Bildung in der Aus- und Fortbildung wollen wir deutlich ausbauen. (S. 106)

#Inflation

Die ausreichende Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk betrachten wir als eine unverzichtbare Aufgabe der Länder Sachsen und Brandenburg sowie des Bundes. Die Ausstattung der Stiftung für das sorbische Volk wollen wir dynamisieren und dazu in Gespräche mit dem Bund eintreten, um gestiegene Bedarfe, Tarifierhöhungen und Inflation ausgleichen zu können. (S. 116)

#Klimawandel

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben. Um unseren Kindern und Enkel*innen eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten zu sichern, können wir es uns nicht leisten, Klimaschutzmaßnahmen aufzuschieben oder gar anderen Aufgaben unterzuordnen. Wir setzen alles daran, die Erderwärmung auf ein Maß zu begrenzen, das eine lebenswerte Zukunft in Sachsen und auf dem gesamten Planeten sichert. Eine gute Zukunft kann nur eine klimagerechte Zukunft sein, die den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. (S. 10)



Eigenes Kapitel: VORSORGE GEGEN DIE KLIMAKRISE TREFFEN (S.18-20)

Bereits jetzt sind die Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar in Form von Extremwetterereignissen, Hitze und Dürre bis zu Starkregen und Überflutungen. Dabei gilt: Vorsorge ist besser als Nachsorge. Anpassungsmaßnahmen sind unverzichtbar, denn sonst drohen massive gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden. Dass sich Investitionen in präventiven Klimaschutz auszahlen, wird klar, wenn die Kosten dafür mit dem drohenden Schaden ins Verhältnis gesetzt werden. (S. 18)

Gewässer, Wälder, Wiesen, Felder sowie Parks und städtische Grünflächen sind unsere natürlichen Ressourcen zur Reinhaltung der Luft, zum Schutz vor Hitze und zur Speicherung von Wasser. Um uns an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und uns vor Extremwetterereignissen bestmöglich zu schützen, drängen wir darauf, unsere sogenannte blaue und grüne Infrastruktur in der Stadt- und Regionalplanung zu verankern und in ämterübergreifenden Planungsprozessen systematisch mit sogenannter grauer (Gebäude-) Infrastruktur zu verkoppeln. Das Netzwerk natürlich gewachsener und (naturnah) angelegter Wasser- und Grünflächen soll so effektiv ausgebaut und mit technischer Wasserinfrastruktur verbunden werden. (S. 18)

Naturschutz ist auch ein zentrales Anliegen unserer Städte und Voraussetzung für die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels, für die urbane Räume besonders anfällig sind. Neben Freiflächen, Wiesenflächen, Sträuchern, Alleebäumen und Einzelbäumen verfolgen wir den Ansatz von (essbaren) Waldgärten – sogenannten Tiny (Food) Forests – (Glossar) als kleine und besonders dichte Wälder in städtischen Gebieten mit einem hohen Nutzen für Artenschutz, Luftverbesserung und Kühlung auf vergleichsweise kleinen Flächen. Mit urbanen Naturverbundräumen schaffen wir Kühlung und saubere Luft in den Städten, Versickerungsflächen für Regenwasser und Rückzugsorte für Tiere. (S. 21)

Waldschutz und Klimaschutz bedingen sich gegenseitig: Wälder speichern immense Mengen an klimaschädlichem CO₂, gleichzeitig ächzen sie unter den Folgen der globalen Erwärmung durch den Klimawandel. Unser Ziel ist, den Rückgang von Waldflächen umzukehren, den Waldbestand zu erhalten und Waldflächen auszubauen. Wir halten am Ziel einer deutlichen Waldmehrung fest und wollen die Umwandlung von Wald in andere Flächennutzungsformen strikt an die Bedingung knüpfen, dass an anderer Stelle neue Waldflächen entstehen. Finanzielle Abgeltungen von Waldumwandlungen lehnen wir entschieden ab. (S. 22)

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen beste Bildung für alle ermöglichen. Bildung ist der Schlüssel für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in einer zunehmend globalisierten, digitalisierten und sich ständig verändernden Welt mitten in der Klimakrise. Sie legt den Grundstein für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Unsere vielfältige Gesellschaft braucht Menschen, die den Herausforderungen der Zeit gewachsen sind. Wir brauchen kluge, mündige Bürger*innen, um unsere Gesellschaft stabil und zukunftsfähig zu machen. Unsere Wirtschaft braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Wir können und wir wollen auf kein einziges Talent verzichten. Deshalb setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns beherzt für ein hochwertiges, chancengerechtes und inklusives Bildungssystem ein, das alle mitnimmt, unabhängig von Alter, Herkunft oder anderen individuellen Merkmalen. (S. 32)

Insbesondere das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) soll so angepasst werden, dass es den Kommunen besser ermöglicht wird, unbürokratisch und selbstverantwortlich ihre Zukunfts- und

Pflichtaufgaben zu erfüllen. Hierbei sollen auch Fehlanreize reduziert werden, die den UN-Nachhaltigkeitszielen im Wege stehen. Wir wollen ökosystemare Dienstleistungen (bspw. Naturschutz) in Form eines ökologischen Ansatzes berücksichtigen sowie Mittel für Klimawandelanpassung in den kommunalen Finanzen strukturell verankern. (S. 100)

Die thematische Zusammenarbeit mit anderen Regionen in der Welt muss darauf orientiert werden, Lösungen für gemeinsame Probleme wie den Klimawandel, die demographische Entwicklung oder den Strukturwandel zu finden. Dazu wollen wir Kooperationen zwischen Regionen, Kommunen, Schulen, Hochschulen und Handwerkskammern mit vergleichbaren Institutionen fördern. (S. 118)

#Krieg #Wehrdienst

Aufgrund unserer Wurzeln in der Bürgerbewegung der DDR fühlen wir uns Menschen verpflichtet, die für die Überwindung von Diktaturen und die Demokratisierung ihrer Länder kämpfen. Wir wollen dafür sorgen, dass Sachsen beim Wiederaufbau der Ukraine helfen wird, insbesondere bei der Rettung und Wiederherstellung von Kulturgütern, aber auch bei der juristischen Aufarbeitung russischer Kriegsverbrechen. (S. 119)

#mentale Gesundheit

Wir betrachten psychosoziale und psychiatrische Versorgung als Teil von Prävention und setzen uns für den wohnortnahen Ausbau von Beratungsangeboten und die Vernetzung von sozialer Arbeit, psychiatrischer Versorgung und Therapie ein. Der zukünftig absehbaren Mehrbelastung des Systems durch eine steigende Anzahl von psychischen Erkrankungen infolge multipler Krisen wollen wir bereits jetzt durch Schulungsangebote, mehr Forschung und Wissensbündelung sowie Anpassung der Behandlungsangebote vorbeugen. Wir starten eine Initiative zur psychischen Gesundheit in Schule, Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum, um das Thema zu entstigmatisieren und Kompetenzen aufzubauen. (S. 56)

Die Resozialisierung im Justizvollzug soll durch eine Erhöhung der Zahl psychologischer, medizinischer und therapeutischer Fachkräfte gestärkt werden. Wir setzen uns für mehr stationäre Therapieplätze für Crystal-Abhängige ein, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten. Die Polizei muss in Sucht- und Drogenprävention besser aus- und fortgebildet und sowohl personell als auch technisch entsprechend den Anforderungen ausgestattet werden. Um den Kinder- und Jugendschutz zu stärken, setzen wir uns für ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin an öffentlichen Plätzen ein. (S. 57)

#Rechtsextremismus

Die Vermittlung der langen Geschichte jüdischen Lebens in unserem Land wie auch der Geschichte der Verfolgungen bis zur Vernichtung im Nationalsozialismus ist eine wichtige Aufgabe historischer Bildungsarbeit. Die/den Beauftragte*n der Staatsregierung für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus wollen wir institutionell und strukturell stärken. (S. 54)

Wir möchten die Erinnerungskultur in Sachsen stärken, indem wir die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlässlich finanzieren und darin unterstützen, weitere historische Bildungs- und Begegnungsorte langfristig einzurichten und Beratungs- und Vernetzungsangebote für



Aufarbeitungsinitiativen auszubauen. Die neuen Gedenkstätten Sachsenburg und Hoheneck wollen wir in die Trägerschaft der Stiftung überführen, um die hochwertigen Angebote zu den Themen früherer Konzentrationslager und Inhaftierung von Frauen in der DDR zu ergänzen. Zudem ist es unser Ziel, weitere Erinnerungsthemen wie die Kolonialgeschichte, Opfer von Rechtsextremismus und ein Dokumentationszentrum zum NSU zu etablieren. (S. 65)

Mehr Demokratie – das ist immer der Grundsatz BÜNDNISGRÜNER Politik. In der zurückliegenden Legislaturperiode konnten wir echte Verbesserungen für ein demokratischeres Miteinander erreichen. Mit dem Transparenzgesetz haben wir dafür gesorgt, dass die Bürger*innen einen besseren Einblick in staatliches Handeln nehmen können. Wir haben Bürgerbegehren in den Gemeinden erleichtert und kommunale Bürgerbeteiligungssatzungen möglich gemacht. Außerdem haben wir den ersten landesweiten Bürgerrat initiiert. Dank uns hat der Freistaat Sachsen jetzt endlich ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus. Wir haben die Mittel für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ erhöht, die Förderung von Beteiligungsvorhaben von Kommunen und Zivilgesellschaft erfolgreich gestartet, die „Orte der Demokratie“ etabliert und Forschungsstellen geschaffen, die der Demokratiebildung und der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen dienen. Den eingeschlagenen Weg müssen wir weitergehen, um die Zufriedenheit mit der Demokratie zu steigern und das Vertrauen in politische Institutionen zurückzugewinnen, damit autoritären Versprechen, Verschwörungsideologien und Menschenfeindlichkeit der Nährboden entzogen wird. Unsere Antworten lauten daher: Mehr Demokratie! Und: Demokratie und Rechtsstaat entschlossen verteidigen! (S. 104)

Wir wollen ein NSU-Dokumentationszentrum in Sachsen im Verbund eines bundesweiten Dokumentationszentrums schaffen, das an die Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ erinnert, aber auch ein Ort des Lernens und der Vermittlung demokratischer Werte sein und die wehrhafte Demokratie repräsentieren soll. (S. 105)

Wir stehen für die Beibehaltung und den Ausbau der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Das auf unsere Initiative hin erarbeitete Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus, das die Stärkung demokratischer Grundwerte, die Beratung von Kommunen und Zivilgesellschaft, präventive Arbeit und Früherkennung und Strafverfolgung verbindet, und die darin enthaltenen Maßnahmen wollen wir fortschreiben. Das Expertennetzwerk gegen Rechtsextremismus bei der Landesdirektion Sachsen wollen wir weiter qualifizieren. (S. 109)

Mit der Einrichtung der Stelle der Ansprechperson für LSBTIAQ+ und der Zentralstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie der Erarbeitung von Leitlinien für die Verfolgung entsprechender Straftaten haben wir große Fortschritte beim Schutz von Menschen, die von Hasskriminalität betroffen sind, erzielen können. Wir wollen diese Angebote dauerhaft sichern und weiter ausbauen. Das Bürgermeldeportal gegen Hass im Netz wollen wir benutzungsfreundlicher gestalten und anonyme Anzeigemöglichkeiten schaffen. Mitarbeiter*innen der Strafverfolgungsbehörden sollen stärker im Umgang mit spezifischen Opfergruppen geschult und für die im Gesetz vorgesehenen, opferzentrierten Reaktionen auf Straftaten (z. B. Täter-Opfer-Ausgleich) sensibilisiert werden. Hierbei werden antirassistische, sexismuskritische und antisemitismuskritische Kompetenzen vermittelt. Wir setzen uns weiter für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein. (S. 112)





Wir stehen gegen jede Form von Autoritarismus, Faschismus, Diskriminierung, sowie Rechtsextremismus ein, da diese Hass, Intoleranz und Gewalt in unsere Gesellschaft bringen. Um eine starke Demokratie zu gewährleisten, setzen wir uns aktiv für die Unterstützung antifaschistischen Engagements sowie die Vermittlung demokratischer Werte und Aufklärungsarbeit ein. Dabei fokussieren wir uns auf die Stärkung demokratischer Institutionen und den Ausbau von Bildungsprogrammen, welche demokratische Werte vermitteln. (S. 119)

#Rente #Altersarmut

Im Alter sehen wir eine aktive Lebensphase, die geprägt ist von den vielen Erfahrungen und Kompetenzen der einzelnen Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass für ältere Menschen, die sich im Übergang zur Rente oder Altersrente befinden, freiwillige, flexible und attraktive Angebote geschaffen werden, um ihre Kompetenzen und Lebenserfahrung weiter einzusetzen. (S. 59)

#Wohnen

Wir setzen uns für eine Verstetigung des Programms „Junges Wohnen“ und für die Kofinanzierung des Freistaates ein, um bezahlbares studentisches Wohnen überall zu ermöglichen. Die Bereitstellung von preisgünstigen und zeitgemäß ausgestatteten Wohnheimen und die Erhöhung der Anzahl von Wohnheimplätzen, insbesondere auf dem umkämpften Wohnungsmarkt in den großen Städten, ist von großer Dringlichkeit. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen. (S. 44)

Abschnitt: Gutes und bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen (S. 59f.)

Wir wollen bei der Sozialen Wohnraumförderung die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterreichen, nach Bedarf aufstocken und die Fördersätze konstant an Standards und Baupreise anpassen. Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sollen auch Sanierungen und Umbauten sowie der Ankauf von belegungsgebundenen Wohnungen ermöglicht werden. Die Bindefristen sollen auf mindestens 20 Jahre verlängert und, wo möglich, entfristet werden. Die neue Wohngemeinnützigkeit des Bundes zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkttakteur*innen wollen wir in Sachsen konsequent umsetzen

Um Mietpreissteigerungen insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten zu begrenzen, soll der Freistaat die Möglichkeiten bestehender Wohnungsmarktinstrumente wie Mietpreisbremse und Kappungsgrenze, zur Einschränkung der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen konsequent ausschöpfen. Wir wollen besondere Bedarfsgruppen wie Jugendliche und junge Erwachsene oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt unterstützen.

Die Regelungen für barrierefrei und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare Wohnungen müssen verbessert werden und eine angemessene Quote soll eingeführt werden. Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir erleichtern. Architekt*innen sollen unterstützt werden, barrierefreies und altersgerechtes Bauen zu praktizieren. Wir wollen in Sachsen ein Monitoring für barrierefreie Wohnungen schaffen, damit wir gezielte Maßnahmen zur bedarfsgerechten Förderung von barrierefreiem Wohnraum entwickeln können.





Für gemeinwohlorientierte kooperative Wohnformen und genossenschaftliche Wohnprojekte wollen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und eine passgenaue Förderung ermöglichen.

Um den bestehenden Ungleichgewichten auf dem Wohnungsmarkt zwischen Stadt und Land zu begegnen, sollen Stadt-Umland-Kooperationen gestärkt werden. Um Wohnraumpotenziale insbesondere im Umland von Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten zu heben, sollen Leerstände im ländlichen Raum durch gezielte Innenentwicklung reduziert werden. Dazu streben wir einen Fördervorrang für Ortskerne im Innenbereich und die Förderung von Leerstandsmanagements an. Wohnungsneubau im Außenbereich soll in der Landes- und Regionalplanung nur bei angespanntem Wohnungsmarkt und dem Nachweis zugelassen werden, dass Innenentwicklungspotenziale ausgeschöpft wurden.

Abschnitt: Bauen und Wohnen auf dem Land nachhaltig entwickeln (S. 60f.)

Die ländlichen Räume in Sachsen haben über Jahrhunderte eine eigene Qualität der Siedlungsentwicklung und Baukultur hervorgebracht. Durch gesichtslose Neubauten und den Abriss vieler Bestandsgebäude besteht auch für die ländlichen Räume in Sachsen die Gefahr des Verlustes einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft. Wir wollen das Bewusstsein für die Qualitäten des ländlichen Bauens schärfen und streben einen Transfer dieser Qualitäten in die Neuzeit an. Dazu werden wir die Sanierung und Umnutzung von leerstehenden Gebäuden in Kleinstädten oder auch von Drei- und Vierseithöfen, alten Bahnhöfen sowie Gebäuden im Gemeindebesitz (z. B. alte Dorfschulen) weiter durch Förderprogramme wie „Leader“, „Vitale Dorfkerne“, „Jung kauft Alt“ ermöglichen.